

# Ende des Geleitzugs

Interview mit Staatssekretär Harald Lemke, Bevollmächtigter der Hessischen Landesregierung für E-Government und Informationstechnik, über den Aktionsplan Deutschland-Online und dessen Implikationen für Städte, Gemeinden und Kreise.

*Herr Staatssekretär Lemke, es ist nicht lange her, als Sie die Initiative Deutschland-Online als Reinfluss kritisierten. Jetzt haben Sie selbst Verantwortung übernommen. Was sind Ihre Aufgaben?*

Das Recht zur Kritik geht mit der Pflicht zur Übernahme von Verantwortung einher. Deshalb werde ich mich zukünftig als Vorsitzender der Lenkungsgruppe Deutschland-Online engagieren und gemeinsam mit dem Bund die Federführung für das Projekt KIV-D übernehmen, bei

des Aktionsplans Deutschland-Online durch die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder halte ich schon für die höchste Stufe politischer Unterstützung in unserem föderalen System. Für die Arbeitsebenen in Bund und Ländern halte ich den Aktionsplan für eine verbindliche Zielvorgabe und ich werde in meinen Deutschland-Online-Ämtern auch keine Sekunde zögern, bei schwerwiegenden Problemen die Angelegenheit an die Auftraggeber eskalieren zu lassen, wenn ich deren Rückendeckung benötige.

*Was sind die wesentlichen Inhalte des Aktionsplans?*

Kernstück des Aktionsplans ist die Errichtung eines integrierten, sicheren Kommunikationsnetzes für die deutsche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen. Ich halte dieses Projekt, das auch auf die Initiative Hessens zurückgeht, für eine wesentliche Grundlage, um das E-Government-Ziel der großen Koalition im Bund zu erreichen. Im Koalitionsvertrag heißt es: ‚Die staatliche Zusammenarbeit soll auf der Basis der Informationstechnologie neu geordnet werden, um damit gezielt Bürokratiekosten zu reduzieren.‘ In dem Satz steckt ein mutiger,

aber notwendiger Paradigmenwechsel. Nach dieser programmatischen Aussage sollen Verwaltungsprozesse von Bund, Ländern und Kommunen

so gestaltet werden, dass sie das Rationalisierungspotenzial der Informationstechnik wirklich ausnutzen. Der digitale Flickenteppich unserer Verwaltung kann endlich konsolidiert werden. Ein sicherer und verbindlicher digitaler Informationsaustausch zwischen Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung von Flensburg bis Garmisch wäre möglich.

*Welche weiteren Vorhaben sollen umgesetzt werden?*

In die genannte politische Zielsetzung passen auch die drei Fachprojekte, die ebenfalls vereinbart wurden: In den Verwaltungsbereichen Kraftfahrzeugzulassung, Personenstand und Meldewesen sollen die Verwaltungsabläufe unter Nutzung der Möglichkeiten elektronischer Verwaltung neu ausgerichtet werden. Anträge und Auskünfte sollen in diesen Bereichen



Harald Lemke

## „Der Steuerzahler wird es uns danken.“

dem es um die ebenenübergreifende Konsolidierung der deutschen Verwaltungsnetze geht.

*Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben kürzlich den Aktionsplan Deutschland-Online verabschiedet. Ist damit die Rückendeckung für E-Government gegeben?*

Ich glaube, dass es E-Government nie an politischer Rücken- deckung fehlte. Häufig fehlt es an Verantwortlichen für E-Government, die diese Rückendeckung auch konsequent einfordern und ausnutzen. Die Verabschiedung

flächendeckend und einfach über das Internet abgewickelt werden können, sodass Bürger ihr Auto online ummelden, eine Geburtsurkunde über das Internet bestellen oder eine Melderegisterauskunft elektronisch erhalten können. Diese Querschnittsprojekte zielen auf eine große Anzahl von Einzelfällen ab und betreffen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Alle vier Projekte passen übrigens hervorragend in den E-Government-Aktionsplan der EU-Initiative i2010. Auch darauf werden wir zukünftig mehr achten müssen, um unseren Platz im internationalen Ranking zu verbessern.

*Wie realistisch sind diese Ziele?*

Die Errichtung eines gemeinsamen Verwaltungsnetzes und die Konsolidierung und Vernetzung unserer inkompatiblen Einwohnermeldesysteme sind keine technischen Herausforderungen mehr, vielmehr wird es darum gehen, dass die betroffenen Ver-

waltungsebenen in Bund, Ländern und Kommunen sich einem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlen und entsprechend handeln. Vor diesem Hintergrund sind die Ziele so realistisch, wie der Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder ernst gemeint war und die politischen Spitzen bereit sind, sich im Konfliktfall zu engagieren. Ich kann an dieser Stelle nur für Hessen sprechen, wo dieser Aktionsplan in der E-Government-Strategie und IT-Architektur berücksichtigt wird. Ich versichere Ihnen, dass unsere IT-Strategie Kabinettsache ist und der hessische Ministerpräsident Roland Koch solche Fragen auch mal zur Chefsache erklärt. Von anderen Ländern weiß ich das ebenfalls, und die Ankündigung eines nationalen IT-Gipfels durch

Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der CeBIT 2006 zeigt, welches hohe Gewicht dieses Thema auch im Bund hat. Daher lasse ich mir heute meinen Optimismus noch nicht nehmen.

*Welche Rolle kommt den Kommunen bei der Umsetzung von Deutschland-Online zu?*

E-Government und Deutschland-Online sind ohne die kommunalen Dienstleistungen unvorstellbar, vor diesem Hintergrund spielen die Kommunen mit ihrem Online-Angebot hier eine große Rolle.

*Ein Kritikpunkt war, dass die Kommunen nicht mit hochkarätigen Entscheidern in den Deutschland-Online-Runden vertreten waren. Wie sollen die Kommunen eingebunden werden?* ▶

Anzeige

### Zur Person

Harald Lemke, geboren 1956, war in der Vergangenheit unter anderem als IuK-Leiter der Polizei Hamburg und als Projektleiter bei IBM tätig. Seit 2003 zeichnet der gebürtige Hamburger für die Realisierung der hessischen IT-Strategie verantwortlich. Kürzlich ist Lemke vom internationalen Fachmagazin „CIO“ zum erfolgreichsten europäischen IT-Manager der öffentlichen Verwaltung gewählt worden. Entscheidend für die Jury aus 14 Ländern war die unter seiner Führung durchgesetzte, umfassende IT-Strategie der hessischen Landesregierung.

Ich glaube, dass wir hier ein organisatorisches Problem haben. Selbstverständlich sind die kommunalen Spitzenverbände in den Deutschland-Online-Runden vertreten, sie können und dürfen aber keine verbindlichen Entscheidungen für die von ihnen vertretenen Kommunen treffen. Die IT-Strategie gehört zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht, ein landesgesetzlicher Gestaltungsrahmen würde unbezahlbare Konnektivitätsforderungen nach sich ziehen und die konsensuale Abstimmung einer bundesweiten IT-Strategie mit 14.000 Kommunen ist praktisch unmöglich.

*Was ist also zu tun?*

Ein pragmatischer Weg scheint mir die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen IT-Dienstleistern zu sein, von denen sich dreißig im Dezember 2005 zur Vitako zusammengeschlossen haben. Dort ist zwar keine formale Entscheidungsmacht angesiedelt, gleichwohl habe ich die Erfahrung gemacht, dass eine Beteiligung dieser öffentlich-rechtlichen Dienstleister die Zusammenarbeit mit den Kommunen erheblich vereinfacht.

*Was erwarten Sie von den Städten, Gemeinden und Kreisen?*

Technische Inkompatibilität und unwirtschaftliche Kleinstbetriebe sind kein Nachweis tüchtiger kommunaler Selbstverwaltung. Viele Kommunen haben dies erkannt und arbeiten bereits arbeitsteilig im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger zusammen. Ich würde mir wünschen, dass solche Kooperationen der Regelfall werden und kommunale IT-Strategien entwickelt

werden, die auch Entwicklungen beim Bund und in den Ländern berücksichtigen. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die kommunalen Spitzenverbände, die meines Wissens auch bereit sind, sich entsprechend zu engagieren.

*Nach wie vor gibt es kein zentrales Budget für die IT-gestützte Modernisierung des Staates. Wie kann ebenenübergreifendes E-Government finanziert werden?*

Nach meiner Einschätzung ist Geld selten das wirkliche Problem, wenn es um ebenenübergreifende IT-Projekte geht. Ich habe allerdings mehrfach die Erfahrung in föderalen Entscheidungsprozessen gemacht, dass bei strittigen Sachfragen unlösbar Budgetprobleme auftauchen. Meine Lehre daraus ist die konsequente Abkehr vom Geleitzugprinzip, in dem der langsamste das Tempo vorgibt. Zu einem aufgeklärten Wettbewerbsföderalismus gehören auch Projekte, bei denen einige nicht mitmachen wollen. Die IT bietet sich dafür geradezu an. Wir leben heute in unüberschaubarer Vielfalt. Es ist doch überhaupt nicht einsehbar, warum wir die sechzehnfache Vielfalt nur im Einsprung überwinden können. Ich will das am Beispiel des gemeinsamen Netzwerkprojektes verdeutlichen. Wenn sich am Ende dieses Jahres der Bund und zehn Länder inhaltlich und finanziell einig sind, ihre Netzwerke zu konsolidieren, warum sollten sie das nicht sofort tun? Der Steuerzahler wird es uns jedenfalls danken.

*Ist der Aktionsplan Deutschland-Online ausreichend oder wünschen Sie sich weitere Aktivitäten oder Befugnisse bei der Umsetzung?*

Der verabschiedete Aktionsplan ist ein pragmatischer Schritt in die richtige Richtung. Wir sollten aber bei allem Pragmatismus nicht vergessen, dass IT-Management auch eine starke strategische Komponente hat. Ich bin der Auffassung, dass Deutschland eine IT-Strategie braucht, die das operative Handeln stärker an politischen Zielen ausrichtet. Wir stellen zum Beispiel immer wieder fest, dass uns rechtliche Strukturen daran hindern, das Potenzial der Informationstechnik auszuschöpfen. Diese Hemmnisse können politisch durchaus gewollt sein, dann muss eine IT-Strategie sie akzeptieren. Die rechtlichen Hemmnisse können aber auch daher rühren, dass zum Zeitpunkt der Gesetzgebung die Möglichkeiten der heutigen IT unbekannt waren. Bevor also Verwaltung und Gutachter orakeln, was der Gesetzgeber damals gemeint haben könnte, wenn er von den modernen Möglichkeiten gewusst hätte, sollte Politik diese Neudeutung übernehmen. Der Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government könnte nach meiner Auffassung ein hilfreiches Gremium sein, solchen politischen Handlungsbedarf zu identifizieren und einer Lösung zuzuführen. Der bereits oben angesprochene nationale IT-Gipfel könnte ein guter Anlass sein, solche Punkte zu adressieren.

*Warum wird Deutschland-Online diesmal kein Reifall?*

Weil sich unser Land im globalen Standortwettbewerb keine Reifälle bei der Verwaltungsmodernisierung leisten darf.

*Interview: Alexander Schaeff*